

**Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament
an die Kommission, den Rat und die Mitgliedsstaaten
zur UN-Klimakonferenz in Cancún vom 29. November bis 10. Dezember 2010**

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und das Protokoll von Kyoto zum UNFCCC,
 - unter Hinweis auf die Vereinbarung von Kopenhagen (Copenhagen Accord) und die Kopenhagener Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember 2009,
 - unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Februar 2010 zu den Ergebnissen der Kopenhagener Klimakonferenz,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 15. Oktober 2010 und auf die Mitteilung der Kommission „Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO₂-Emissionen“ vom 26. Mai 2010,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 1. November 2010,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie vom 1. November 2010,
- A. in der Erwägung, dass der wissenschaftliche Beweis des Klimawandels und seiner Auswirkungen außer Zweifel steht und Maßnahmen auf internationaler Ebene zwingend notwendig macht, um diese globale Herausforderung zu bewältigen;
- B. in der Erwägung, dass alle Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer mit der Unterzeichnung der UN-Klimarahmenkonvention Zusicherungen abgegeben haben, ihre Emissionen zu verringern;
- C. in der Erwägung, dass diese Zusicherungen nicht ausreichen werden, um das Ziel der Begrenzung des Anstiegs des weltweiten Jahresmittelwerts der Oberflächentemperatur auf zwei Grad Celsius zu erreichen;

Bewertung von Kopenhagen

1. verleihen ihrer Überzeugung Ausdruck, dass die Ergebnisse der Kopenhagener UN-Klimakonferenz kein wesentlicher Fortschritt auf dem Weg zu einem globalen Klimaabkommen waren, da keine ausreichenden Maßnahmen beschlossen wurden;
2. fordern, dass die Europäische Union ihre führende Rolle bei den Klimaverhandlungen wieder einnimmt und aktiv zu einer konstruktiveren und transparenteren UN-Klimakonferenz in Cancún beiträgt;
3. fordern den Rat und die Kommission auf, den Vertretern der SIMEP, die Teil der EU-Delegation sind, in Cancún Zugang zu den EU-Koordinierungssitzungen zu gewähren und ihnen dort ein uneingeschränktes Rederecht einzuräumen;

Ziele für Cancún

4. fordern, dass die EU bei den Verhandlungen in Cancún die Forderung eines umfassenden und globalen internationalen Übereinkommens als zwingendes Ziel aufrecht erhält und appellieren zusätzlich an die Staaten, sich in regionalen Bündnissen höhere Klimaschutzziele zu setzen;
5. appellieren an die Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer, sich zu ihrer Verantwortung für den Schutz des Klimas zu bekennen, sich in dem zukünftigen Übereinkommen zu konkreten Maßnahmen zu verpflichten und darauf zu achten, dass Entwicklungsländer besondere Unterstützung erhalten;

Maßnahmen innerhalb der EU

6. erkennen an, dass die bisherigen Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen keinen ausreichenden Ausgleich zwischen der Notwendigkeit des Klimaschutzes und der Verantwortung der Union für Wohlstand und nachhaltiges Wachstum darstellen, und fordern, dass dem Klimaschutz in Zukunft höhere Priorität gegenüber wirtschaftlichen Interessen eingeräumt wird; kurzfristige wirtschaftliche Nachteile werden hierbei gegenüber langfristigem nachhaltigen Wachstum in Kauf genommen;
7. fordern die Kommission mit Blick auf Cancún auf, einen Vorschlag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen innerhalb der EU bis 2020 um 25 % vorzulegen und bei Nichteinhaltung angemessene Sanktionen zu verhängen; dabei sollten entsprechende Verpflichtungen anderer Staaten keine Vorbedingung mehr sein; außerdem wird darauf hingewiesen, dass ohne die Unterstützung der anderen Staaten kein angemessener Klimaschutz betrieben werden kann und daher an diese appelliert werden muss;
8. betonen, dass die Kernenergie zwar eine emissionsärmere Methode als die Verwendung fossiler Energieträger darstellt, jedoch keine Alternative ist, da sie erhebliche Sicherheitsrisiken und unvorhersehbare Umweltbelastungen nach sich zieht;
9. beauftragen ihren Präsidenten, die Empfehlung der Europäischen Kommission, dem Rat, den nationalen Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sowie den nationalen Regierungen aller Teilnehmer der Konferenz in Cancún zu übermitteln.